

EBERSBERGER UMSCHAU

FEB. 80



Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

Zum Thema Bürgerzentrum:

Wahlkampfschlager der CSU diente nur dem Stimmenfang!

Vor den Kommunalwahlen 1978 präsentierten die Konservativen den Bürgern der Kreisstadt den großen Wahlschlager Bürgerzentrum. Mittlerweile stellte sich heraus, daß die Ebersberger CSU seit der Wahl in dieser Hinsicht nichts mehr unternommen hat. Die Sozialdemokraten warnten schon damals vor den utopischen Vorstellungen der CSU. Wenngleich die SPD Ebersberg die Notwendigkeit einer Stadthalle mit Bürgerhaus betonte, wollte sie nicht wie die Konservativen eine Planung ohne jegliche Absicherung propagieren.

Zu Beginn des Jahres 1978 betrieb die örtliche CSU mit großem Materialaufwand einen Propagandafeldzug für ihre Konzeption Bürgerzentrum. Sozusagen als Wahlschlager vermittelten sie damit den Wählern die Errichtung eines Bürgerzentrums auf dem Bauhofgelände zwischen Marienplatz und Bahnhof. Nach den Kommunalwahlen wurde es bald still um diesen Vorschlag, obwohl dieser für die neue Legislaturperiode gemacht worden war.

Erst im Oktober 1979 kam die Angelegenheit wieder an das Licht der Öffentlichkeit. Überraschenderweise kommentierte die „Ebersberger Zeitung“ in scharfer Form das Verhalten der CSU Ebersberg. Nachdem einige Zeit vorher vom Stadtrat die Genehmigung eines landwirtschaftlichen Stadels auf eben diesem Bauhofgelände gegeben worden war, sprach der Redakteur davon, daß dem Bürger „ein fauler Zauber vorgegaukelt wurde“ – und sah darin sogar eine Degradierung des Bürgers zum „Stimmvieh“.

Denn mit der Errichtung dieses landwirtschaftlichen Gebäudes war das Projekt Bürgerzentrum auf diesem Gelände vorerst beendet. Daraufhin wollten sich die CSU-Verantwortlichen rechtfertigen. In einer Presseerklärung, gezeichnet von (man beachte die Reihenfolge) Stadtrat Bergmeister, Bürgermeister Vollhard, Fraktionschef Wocheimer und OV-Vorsitzender Zieglmeier, wollte man noch glaubhaft versichern, daß das Projekt nur bis 1984 aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sei. Ob man dann wieder mit dem Thema Bürgerzentrum in den Kommunalwahlkampf 84 ziehen will, wurde nicht geäußert. Der hier jedoch entscheidende Mann und Vertreter der Erbgemeinschaft, 2. Bürgermeister Otter, war nicht

mit von der Partie. Später bestätigte OVVorsitzender Zieglmeier die Kritik der Presse und räumte ein, daß das Projekt Bürgerzentrum völlig ungewiß sei. Die Einschätzung der Sozialdemokraten aus der Zeit des Kommunalwahlkampfes 78 hatte sich also bestätigt. Die Ebersberger SPD warnte damals davor, ein derartiges Projekt auf einem Grundstück zu planen, welches sich nicht im Besitz der Stadt befindet. Im Wahlkampfprogramm der SPD und der Jusos hatte die Forderung nach einem Bürgerhaus mit Stadthalle einen festen Platz. Nachdem die Kommune jedoch nicht im Besitz eines dafür geeigneten Grundstückes

Zum Thema Ortsumgehung B 304 von Ebersberg: Ebersberger SPD um klare Aussage bemüht!

Die Notwendigkeit einer Ortsumgehung der B 304 in Ebersberg wird allgemein anerkannt. Über die möglichen Trassenverläufe südlich der Kreisstadt beschäftigte sich die Ebersberger Umschau in ihrer Ausgabe vom April 1979.

Leider konnten sich in der Folgezeit die Nachbarstädte Grafing – Ebersberg nicht über einen von beiden Seiten anerkannten Trassenverlauf einigen. Umso unverständlicher, daß im Kreistag die CSU-Fraktion, auch mit der Stimme des Ebersberger Bürgermeisters Vollhardt, einen Antrag der SPD ablehnte, in welchem die Sozialdemokraten eine Generaldebatte über den Straßenbau im Landkreis forderten. Landrat Beham bestätigte im Januar dieses Jahres dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag,

war, verzichteten die Sozialdemokraten ehrlicherweise auf die Vorgabe eines festen Standpunktes.

Am 23. November 79 befaßte sich die Mitgliederversammlung der Ebersberger SPD mit dem Thema Bürgerzentrum und Stadthalle. Ortsvereinsvorsitzender Ewald Schürer beurteilte die Situation wie folgt: „Die CSU hat im vergangenen Wahlkampf dem Bürger etwas vorgespielt. Das Dilemma der Union ist die Tatsache, daß die rein finanziellen Eigeninteressen der Erbgemeinschaft Schmederer voll in die Politik dieser Partei hineinspielen. Die verschiedenen Interessenvertreter innerhalb der Ebersberger CSU verhindern, ja blockieren sogar eine Politik im Interesse der Bürger.“ Auf Beschluß der SPD-Mitgliederversammlung wurde der kommunalpolitische Arbeitskreis aus Vorstand und Fraktion beauftragt, eine realistische Konzeption für ein Bürgerhaus im Jahre 1980 zu entwickeln. Fraktionsvorsitzender Sepp Geislinger unterstrich diesen Beschluß, indem er eine vom CSU-Wahlvorschlag unabhängige Konzeption der SPD forderte, die sich an den finanziellen Gegebenheiten und somit der zeitlichen Machbarkeit eines derartigen Projektes orientieren solle.

Rudi Adametz, daß er von einem Raumordnungsverfahren für die Neutrassierung der B 304 nicht informiert sei.

SPD-MdB Hermann Wimmer bekam aufgrund seiner Anfrage vom 6.12.79 vom Bundesverkehrsministerium die Auskunft, wonach die Ortsumgehung Ebersberg im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen unter Stufe I eingeordnet sei. Bürgermeister Vollhardt kritisierte daraufhin diese Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Wimmer aufgrund einer Pressemeldung, ohne den Inhalt des Schreibens aus Bonn gekannt zu haben. In einem zweiten Schreiben des Ministeriums an den Ebersberger Bürgermeister und MdB Hermann Wimmer wurde der Sachverhalt geklärt. Wörtlich heißt es darin: „Der Bau von Ortsumge-

Sozialdemokraten für Meinungsfreiheit

In der Presse- und Medienlandschaft der Bundesrepublik hat sich seit dem Neuaufbau unserer Demokratie einiges getan. Leider nicht immer zum Vorteil. Im Bereich des Zeitungswesens beispielsweise kam es in den letzten Jahrzehnten zu einer beängstigenden Einschränkung der Meinungsvielfalt durch das Sterben kleinerer oder kapitalschwacher Zeitungen. Der rechtsstehende Springer-Verlag dagegen konnte mit überwiegend niveaulosen Boulevardblättern seine Anteile ständig ausbauen.

Der CDU/CSU reicht das nicht. Schon vor Jahren wollte die CSU-Landesregierung in Bayern das Rundfunkwesen zu ihren Gunsten verändern. Mit einem Volksbegehren der SPD und anderer gesellschaftlicher Gruppierungen konnte das damals gerade noch verhindert werden. Jetzt will der verhinderte Kanzlerkandidat Albrecht seine Profilneurosen abregieren, indem er die Dreiländeranstalt Norddeutscher Rundfunk vertraglich nicht mehr absichern will, nachdem der NDR der Union aus deren Sicht politisch zu wenig nahesteht. Vielmehr will er und die seit einem Jahrzehnt der Regierungsgewalt nachlaufende Union die öffentliche Meinung durch kommerzielle Privatsender in ihrem Sinne beeinflussen. Zunächst sind damit unmittelbar tausende von Arbeitsplätzen beim Norddeutschen Rundfunk und der ARD stark gefährdet. In Wirklichkeit sind mit diesen Plänen größere Gefahren verbunden. Hauptsächlich bezieht sich dies auf die Qualität eines kommerziellen Fernsehens. Es gibt kein Land mit Privatfunk, in welchem sich kommerzielles Senden nicht negativ ausgewirkt hätte. In Großbritannien etwas weniger, in den USA und besonders in Italien sehr stark. Informative Sendungen aus Politik, Gesellschaft und Kultur nahmen dort immer mehr ab und wurden durch einfache Unterhaltungssendungen und billige Krimis ersetzt.

Nichts gegen Unterhaltung – Nein! Aber bei derzeit drei Fernsehprogrammen (zusätzlich die ausländischen Programme) ist es wirklich machbar, Unterhaltung und Informationen im rechten Verhältnis anzubieten. Gerade aus pädagogischer Sicht muß man eigentlich zu dem Urteil kommen, daß viele Kinder und Eltern schon jetzt zuviel Fernsehen konsumieren. Oftmals mehr, als sie überhaupt noch aufnehmen können. Ein Zuviel an Fernsehen ist oft der schlechteste Ersatz für wirkliche Kommunikation. Das Gespräch der Familie und der Freunde, die Information aus Literatur, kommt dadurch oftmals leider zu kurz.

Fernsehen als Medium begreifen und benutzen lernen, ist eine wichtige Aufgabe für Eltern und Kinder. „Fünfzig zusätzliche Morde auf der Mattscheibe pro Woche sind kein Ausdruck zusätzlicher Freiheit“, so kommentierte SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr richtigerweise die Auswirkungen eines kommerziellen Fernsehens auf den bundesdeutschen Fernseh-Alltag.

Die Unions-Strategen Albrecht, Stoltenberg und Mediensprecher Schwarz-Schilling stört das wenig. Ihnen geht es nicht um pädagogische Aspekte. Denn der Union geht es eigentlich nur um eine Verbesserung ihrer strategischen Situation. Gerade die Union steht fanatisch zu einer Systemveränderung der Rundfunk- und Fernsehlandschaft, die in ihrer Konsequenz letztendlich zu amerikanischen Verhältnissen führen würde.

Natürlich kann der Gesetzgeber dem privaten Rundfunk Auflagen machen. Nur – von der Union ist in dieser Hinsicht nicht viel zu erwarten.

In unserem jetzigen öffentlich-rechtlichen System sind alle Parteien, gesellschaftliche Gruppierungen wie Kirchen und Gewerk-

schaften anteilmäßig vertreten. Wir haben keinen Staatsrundfunk und die Sozialdemokraten sind die Letzten, die einen staatlich dirigierten Rundfunk wollen. Die SPD will das öffentlich-rechtliche System, das eben von gesellschaftlichen Gruppen in Vertretung der Bürger kontrolliert wird.

Als Bundeskanzler Helmut Schmidt 1978 die Bürger zu regeltem und kritischem Fernsehkonsum aufrief, wollte auch Strauß als bayerischer Ministerpräsident nachziehen und appellierte ebenfalls im Landtag gegen die „Scheinwelt“ des TV. Nur steht er damit in totalem Gegensatz zu den Auswirkungen, die aus Forderungen seiner Partei entstehen würden. Im übrigen ist er ebenfalls ein Verfechter des kommerziellen Fernsehens. Privatfunk heißt eben: Wesentlich mehr Fernsehkonsum, steigende Gefahr des Überkonsums vor allen Dingen bei Kindern, kultureller Verfall des Niveaus durch Billigprogramme, die aus finanziellen Gründen zu 80% aus dem amerikanischen Angebot stammen würden. Das hätte genau jene Dinge zur Folge, die derzeit im öffentlich-rechtlichen System in Ansätzen bekämpft werden; Brutalität und Rohheit in billig-primitiven Filmen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß es in den USA Untersuchungen gibt, wie man in Verbindung von Filmen mit Gewalthandlungen und Werbeeinschaltungen den Konsum so mancher Produkte steigern kann. Derart unseriöse Überlegungen würden mit Sicherheit auch in deutschen Privatsendern eindringen. Alleine kommerzielle Interessen stehen bei diesen Sendertypen im Vordergrund. Erzieherische Notwendigkeiten in Bezug auf Kinder und Jugendliche sind den Finanziers von derartigen Kommerzsendern mit Sicherheit egal. Und trotzdem ist die Union bedenkenlos dafür.

Da drängt sich doch die Frage auf, wo hier die Kirchen stehen. Nun – die publizistische Kommission der katholischen Deutschen Bischofskonferenz wandte sich dagegen, daß TV-Programme als „Spielball von Macht- und Interessengruppen“ mißbraucht werden. Im Klartext heißt das, daß die katholische Kirche eigentlich gegen die Pläne der Union sein müßte. Nur solange sich die Konservativen mit dem Zeichen „christlich“ schmücken, nimmt die Kirche leider nicht engagiert gegen die „C“-Parteien Stellung, auch wenn es, wie hier bei der Rundfunkfreiheit, nötig wäre.

Sozialdemokraten sind wegen der in diesem Artikel beschriebenen Gefahren gegen ein Programm der finanziellen Macht, sondern für ein ausgewogenes Programm, in welchem alle gesellschaftlichen Bedürfnisse beachtet und eingebettet sind. Dies nicht in egoistischem Eigeninteresse, sondern aus der Sicht von sozialer Verantwortung. Dazu gehört die medienpolitische Sorge um Meinungsvielfalt und das Eintreten gegen Meinungsdruck durch jene Gruppierungen, die finanziell mächtig sind. Lebendiges Fernsehen soll und darf eine Mischung aus Information und Unterhaltung sein. Gesellschaftliche Minderheiten sollen sich ebenso artikulieren können wie dies starke Interessenverbände ohnehin tun.

Sozialdemokraten sehen erstrangige Verantwortung der Medienpolitik im Erzieherischen und im Bereich der Familie. Menschliche Kommunikation soll durch das Fernsehen und den Rundfunk ergänzt jedoch nicht unterbunden werden. Wir wollen den Bürgern nichts vorschreiben, denn wieviel und wann er fernsehen will, ist seine eigene Sache. Wer jedoch Sendungen mit welchen Mitteln produzieren soll, das festzulegen ist eine parla-

mentarische und gesetzgeberische Aufgabe. Die Parteien haben hier die Pflicht, die Bedürfnisse und Belange der Bürger zu vertreten.

Wir Sozialdemokraten glauben kaum, daß die Mehrzahl der Eltern und Erwachsenen mehr Quantität und dafür weniger Qualität wollen. Wir haben eine große Verantwortung, über die nachzudenken es wirklich lohnt. E. S.

Fortsetzung von Seite 1

hungen gehört zu den wichtigsten verkehrspolitischen Zielen des Bundesverkehrsministeriums. Baubeginn und Finanzierung der Ortsumgehung Ebersberg haben daher Vorrang vor anderen Projekten. Sobald eine rechtskräftige Planung für die Ortsumgehung Ebersberg vorliegt, kann die Einstellung des Projektes in den Bundeshaushalt eingeleitet werden.“

Zur Kritik Vollhardts bezüglich der Anfrage von Hermann Wimmer schreibt das Ministerium: „Ich empfehle Ihnen daher, daß Sie sich den Wortlaut des Schreibens von Herrn Abgeordneten Wimmer besorgen.“ Zweifelsohne eine Schelte an die Adresse des Bürgermeisters, da somit auch bestätigt ist, daß durch die Anfrage die Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der obersten Baubehörde in Sachen Ortsumgehung keineswegs gefährdet wurden.

Die Ebersberger Sozialdemokraten bemühen sich, an einer Einigung der Stadt Grafing und Ebersberg zu einem gemeinsam konzipierten Trassenverlauf beizutragen. Damit würde das Raumordnungsverfahren für die Umgehung ermöglicht.

Trotz der Dringlichkeit des Projektes sollten alle Möglichkeiten erwogen werden, die durch die Baumaßnahmen bedingten Eingriffe in die Landschaft möglichst gering zu halten.

Der aktuelle Kommentar:

Mehr als eine günstige Gelegenheit zum Stimmenfang war der Bürgerzentrums-Vorschlag der CSU Ebersberg also nicht! Denn die Entscheidung über ein derartiges Zentrum auf dem Gelände des jetzigen Bauhofes liegt letzten Endes bei der Erbgemeinschaft Schmederer. Wer die Situation des Bodenhandels kennt, der weiß, daß es hier nur um finanzielle Eigeninteressen geht.

Wenn diese Interessen jedoch bei der CSU im Vordergrund stehen, dann darf und kann sie dem Bürger nicht ein Bürgerzentrum auf einem Grundstück versprechen, das nicht im Besitz der Kommune ist.

★
„Ich hoffe, es geht dem deutschen Volk nie so schlecht, daß es glaubt, mich zum Bundeskanzler wählen zu müssen.“
Strauß im Mai 1971 (laut „Spiegel“).
★



Bundestags- abgeordneter Hermann Wimmer spendet für Altenheim

Der erst seit jüngster Zeit für den Landkreis Ebersberg zuständige Bundestagsabgeordnete Hermann Wimmer (SPD) besuchte das Altenheim in Kirchseeon. Beim Rundgang

durch das Altenheim begleitete der Heimleiter Herr Freyer den Abgeordneten. Angetan zeigte sich der Politiker von den Gesprächen, die er mit Heimbewohnern führte.

Zum Abschluß des Besuchs spendete Hermann Wimmer dem Altenheim einen größeren Betrag, den er für die Betreuung der Senioren verwendet sehen will.

Es macht den 43jährigen Abgeordneten besonders sympathisch, daß er zum Antritt in seinem neuen Wirkungskreis insbesondere die sozialen Einrichtungen aufsucht, um sich über den Landkreis und die vorhandenen Einrichtungen zu informieren.

Sepp Schenk und Robert Schurer die Mitglieder des Technischen Ausschusses von der SPD-Fraktion

Ein vorberatender Ausschuß des Stadtrates von Ebersberg ist der Technische- und Bauausschuß. Der Ausschuß ist sozusagen ein verkleinerter Stadtrat. Gemäß ihrer 6 Sitze im Stadtrat ist die SPD im Technischen- und Bauausschuß nur mit zwei Sitzen vertreten.

Sepp Schenk, 39, von Beruf Regierungsamtmannt beim Landratsamt Ebersberg, wurde 1978 zum zweitenmal in den Stadtrat gewählt. Dem Technischen Ausschuß kommt Schenks jahrelange Erfahrung in der hiesigen Bauabteilung im Landratsamt zugute. Zusätzlich hat Schenk das Amt des Friedhofsreferenten inne. Robert Schurer, 21 Jahre, befindet sich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse München in der Ausbildung zum Verwaltungsinspektor. Schurer ist jüngster Stadtrat in Ebersberg zugleich auch Jugendsprecher der SPD-Fraktion.

Als Hobby verbindet beide gleichermaßen der Sport: Während Robert Schurer mit den C-Klasse-Fußballern des TSV Ebersberg derzeit um den Aufstieg in die B-Klasse kämpft, ist Sepp Schenk immer noch begeisterter Tischtennisspieler und auch als Bundestischtennisschiedsrichter im Einsatz.

Der Technische- und Bauausschuß ist nicht nur, wie oft in anderen Gemeinden, für Angelegenheiten der Bauverwaltung (Einzelbauanträge etc.) zuständig, sondern auch für die Stadtplanung und für die technische Bearbeitung von Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsprojekten. Der Ausschuß ist „Hilfsorgan“ des Stadtrates. Er wird aber nicht nur vorberatend für den Stadtrat tätig, sondern wird auch bei bestimmten Geschäften selbst abschließend tätig.



Bürgerbrief der SPD-Bundestags- fraktion

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,
die bewährte deutsche Rundfunkordnung ist, obwohl weltweit geachtet, in Gefahr. Jedenfalls dann, wenn sich die Systemzerstörer Albrecht (niedersächsischer CDU-Ministerpräsident) und – in seinem Schlepptau – Stoltenberg (Kieler CDU-Chef), durchsetzen. Diese beiden wollen, mit Straußens Zustimmung, den Norddeutschen Rundfunk (NDR) zerschlagen. Damit gefährden sie das ganze deutsche Rundfunksystem, um unserem Land den Profit-Funk aufzuzwingen.

Wir, die Hörer und Zuschauer, für die Funk und Fernsehen gemacht werden, werden nicht gefragt. Nachdem die CDU-Politiker Albrecht und Stoltenberg bei den Verhandlungen um den NDR zu keinem Kompromiß bereit waren, sagte die Hamburger Schauspielerin Heidi Kabel in einem Interview: „Mit welchem Recht entscheiden da Politiker über Dinge, die doch nur der Zuschauer entscheiden kann – schließlich zahlt er dafür! Ich finde diese Machtspielchen auf Kosten des Publikums widerwärtig und unverantwortlich. Außerdem kann ein großer Sender mehr leisten als drei kleine.“ Heidi Kabel hat recht. Wir müssen verhindern, daß unser unabhängiger Rundfunk zersplittert wird, um zum Sprachrohr irgendwelcher Landesregierungen degradiert zu werden. Eine „Bürgerinitiative“ zur Rettung des NDR hat Werner Höfer, einer der Pioniere unseres Rundfunks, gefordert.

Der Einsatz der Bürger ist nicht nur deshalb notwendig, weil wir alle Zuhörer und Zuschauer sind, sondern vor allem auch deshalb, weil der Rundfunk Eigentum aller Bürger ist. Dies alles interessiert Albrecht und Stoltenberg nicht. Sie wollen den Profit-Funk, um damit einigen wenigen die Möglichkeit zu geben, mit Funk- und Fernsehprogrammen Geschäfte zu machen.

Albrecht, Stoltenberg, Strauß und mächtige Konzerne wollen die Programmschwemme, finanziert durch immer mehr Werbung. Sie nennen das mehr Vielfalt. Aber: Mehr Masse hat noch nie bessere Qualität gebracht.

Zugegeben, auch in unserem Funk und Fernsehen kann noch viel mehr getan werden, damit das Programm noch besser und lebendiger wird. Helfen Sie mit. Streiten Sie für Ihren, für unseren unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk – es gibt keinen besseren.

Aus der Kommunalpolitik:

Kläranlage muß saniert werden

Die im Jahre 1966 erstellte Ebersberger Kläranlage wurde damals für 20 000 Einwohnergleichwerte gebaut. Heute jedoch bringt die Kläranlage nur noch für ca. 8000 Einwohner und Einwohnergleichwerte eine genügende Reinigungsleistung der Abwässer. Wesentlicher Grund dafür sind positive Maßnahmen des Bundesgesetzgebers im Sinne des Umweltschutzes (d. h. die Umweltschutzgesetze wurden verschärft), aber auch ständig steigende Mengen von Abwässern in Ebersberg. So wurde nach dem Stand der Planung im Jahre 1965

von ca. 2000 cbm je Tag ausgegangen; heute jedoch werden bereits Spitzenwerte von ca. 3700 cbm je Tag erreicht. Da nach dem im Jahre 1981 in Kraft tretenden Abwasserabgabengesetz jede Gemeinde, die eine wenig wirkende Kläranlage besitzt, erhebliche Abgaben an Bund und Land abführen muß, kann die Sanierung der Ebersberger Kläranlage nicht länger hinausgeschoben werden. Die Kosten für die Sanierung der Anlage werden sich auf ca. 4,25 Millionen DM belaufen. Vom Land Bayern wurde bereits ein Zuschuß von 2,4 Millionen DM bewilligt. Den Rest von rund 1,9 Millionen hat die Stadt als Eigenanteil zu tragen. Die Kläranlage soll für 25 000 Einwohner und Einwohnergleichwerte errichtet werden. Dies ist schon deshalb notwendig, weil für die teilweise sehr abwasserintensiven Betriebe in Ebersberg ca. 13 000 Einwohnergleichwerte vorgesehen werden müssen. Mit dem Kläranlagen-Sanierungsbau soll nach Möglichkeit bereits im Frühjahr 1980 begonnen werden. Es ist jedoch mit einer Bauzeit von rund zwei Jahren zu rechnen, weil natürlich der laufende Klärbetrieb aufrecht erhalten werden muß.



Kein Glück mit dem Stadtjugendpfleger

Eine langjährige SPD-Forderung wurde durch einen Beschluß des Stadtrates im November 79 erfüllt. Für die neugeschaffene Position eines Stadtjugendpflegers wurde der 33jährige Matthias Promitzer aus Dorfen bei Erding in Ebersberg angestellt. Leider dauerte seine Arbeit mit der Ebersberger Jugend nicht lange. Zusammen mit seiner Frau wird er bei einem Projekt des Deutschen Entwicklungsdienstes in Bolivien arbeiten. „Dieses Projekt war jedoch bei meinem Amtsantritt in Ebersberg noch nicht spruchreif, sonst hätte ich mich hier nicht beworben“, schrieb Promitzer an den jugendpolitischen Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, Robert Schurer. Nun gilt es erneut die vom Arbeitsamt genehmigte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – ABM – in Ebersberg auszu-schöpfen. Die Personalkosten werden nämlich für die Dauer von einem Jahr von der Bundesanstalt für Arbeit zu 90% getragen, so daß der Stadt in dieser Zeit praktisch fast keine Kosten entstehen.

Stadtratsmehrheit nimmt Vorschlag der SPD nicht an

Den Vorschlag der Ebersberger Sozialdemokraten, am städtischen Grundstück an der Ulrichstraße und Pfarrer-Bauer-Straße eine „Mittelgarage“ zu errichten, lehnte der Stadtrat mit den Stimmen der CSU und der UWG ab. Die ablehnenden Argumente der CSU waren jedoch nicht überzeugend. Obwohl es für die Realisierung des Projektes erhebliche Zuschüsse gegeben hätte, machte die CSU neben dem Standort die Kostengründe geltend. CSU-Fraktionsvorsitzender Wohermaier stimmte kurioserweise mit der SPD für das Projekt. Die Rathausmehrheit der Union konnte dabei keine Alternative vorlegen. Der SPD-Vorschlag zur Errichtung von Parkplätzen in unmittelbarer Nähe des Marktplatzes wäre Verbrauchern und der einheimischen Geschäftswelt mit Sicherheit zugute gekommen. Die Ebersberger müssen sich also noch länger mit der Parkplatzmisere im innerstädtischen Bereich abfinden.

SPD: Friedhofsneubau wurde zu spät begonnen!

Eines der dringlichsten Bauvorhaben, mit denen sich der Stadtrat von Ebersberg in den letzten Sitzungen befaßte, ist der Bau des künftigen Friedhofes südöstlich der Landwirtschaftsschule. Nur noch ca. 30 Grabstätten stehen der Stadt im alten Friedhof an der Rosenheimer Straße zur Verfügung. Obwohl das Grundstück für den neuen Friedhof bereits vor Jahren angekauft wurde, begann die Planung der Stadt viel zu spät. Landschaftsarchitekt Prof. Kagerer erklärte weiter, daß daher bereits auf der Friedhofsbaustelle Beerdigungen vorgenommen werden müssen und der Friedhof deshalb nur abschnittsweise gebaut werden kann. Unter Umständen kann es deshalb auf dem neuen Friedhof zur „Umbettung“ von Gräbern kommen. All diese Schwierigkeiten führen zu einer erheblichen Steigerung der Baukosten. Nach Auskunft des Architekten wird die Planungszeit auf ca. ein Jahr geschätzt. Erst dann kann mit dem Bau begonnen werden. Die Kosten des Bauvorhabens werden inklusive des Grundstückkaufes auf ca. 7 Millionen Mark geschätzt!

Verein Jugendzentrum zeigt Filme:

Im Freizeitangebot des Ebersberger Jugendtreffpunktes befindet sich auch in diesem Jahre wieder eine Serie von guten Spielfilmen. Der Verein Jugendzentrum ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Jugendfilmklubs e. V. in Mainz. Erst dadurch wurde es möglich, anspruchsvolle und gute Filme im Rahmen des Jugendprogramms zu derart günstigen Eintrittspreisen vorzuführen (Mitglieder DM 2,-, Erwachsene DM 3,-). Nachfolgend das Jahresprogramm 1980:

Als Lachen Trumpf war	
Wilde Reiter GmbH	
Die Brücke	3. 3.80
Mein Kampf	24. 3.80
Abel Dein Bruder	14. 4.80
Es herrscht Ruhe im Land	5. 5.80
Katzelmacher	19. 5.80
Das Biest muß sterben	9. 6.80
Deep End	30. 6.80
Incident	14. 7.80
La Strada	28. 7.80
Strohfeuer	15. 9.80
Der Fremde	29. 9.80
Nosferatu (alte Fassung)	20. 10.80
Das Schloß	10. 11.80
Tod eines Bürokraten	1. 12.80
Ein Tag im Leben von Ivan Denis	22. 12.80
Der nächste Film im Kalender ist „Die Brücke“. In ihm wird der sinnlose Widerstand Jugendlicher gegen Ende des 2. Weltkrieges gezeigt. Vergeblich versuchen die noch kurzfristig ausgebildeten Schüler ihr Städtchen zu verteidigen und müssen dies mit ihrem Leben bezahlen. Antikriegsfilm – BRD – 1959 – 103 Min. – Regie: Bernhard Wicki. Die Filme werden jeweils an einem Montag um 20.00 Uhr gezeigt.	

Gleiches Recht für Mann und Frau am Arbeitsplatz

Frauen sollen gegenüber Männern am Arbeitsplatz nicht mehr benachteiligt sein. Das sieht ein arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz vor, das im Bundestag zur ersten Beratung vorlag. Außerdem garantiert das neue Gesetz einen besseren Schutz der Arbeitnehmer vor Kündigung und Verfall von Ansprüchen etwa bei einem Verkauf des Betriebes.

Kern der EG-Verordnung ist das unabdingbare Benachteiligungsverbot für den Arbeitgeber. Das bedeutet im einzelnen:

● Der Arbeitgeber darf künftig einen Arbeitnehmer nicht mehr wegen seines Geschlechts benachteiligen. Diese Regelung gilt für das gesamte Arbeitsverhältnis, also bei der Einstellung, bei der Festlegung von Arbeitsbedingungen, beim beruflichen Aufstieg und im Fall einer Kündigung.

● Zugleich wird der Grundsatz der Lohngleichheit festgeschrieben. Für gleiche und gleichwertige Arbeit darf allein wegen des Geschlechts kein geringerer Lohn gezahlt werden.

● Ferner wird der Arbeitgeber die Beweislast dafür tragen, daß die unterschiedliche Behandlung von Arbeitnehmern durch sachliche Gründe gerechtfertigt ist und nicht allein dadurch, daß es sich bei den Arbeitnehmern um Frauen oder Männer handelt, wenn ein Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft macht, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen.

● Arbeitnehmer haben bei Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot Anspruch auf Beseitigung der Diskriminierung oder

Schadenersatz. Im Fall der unterbliebenen Einstellung oder Beförderung haben sie jedoch nur Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens.

● Eine Kündigung oder sonstige Maßnahmen zu Lasten eines Arbeitnehmers sind dann unwirksam, wenn sie darauf zurückgehen, daß Arbeitnehmer besondere gesetzliche Rechte oder tarifliche Vereinbarungen geltend gemacht haben.

● Des weiteren sollen Arbeitnehmer bei einem Betriebsübergang, z.B. einem Verkauf, geschützt werden. Ansprüche, die aus einem Tarifvertrag oder aus einer Betriebsvereinbarung herrühren, bleiben für mindestens ein Jahr bestehen. Unzulässig ist die Kündigung allein wegen des Betriebsübergangs.

Ab 6. April Sommerzeit in der Bundesrepublik

Nachts um zwei werden die Uhren um eine Stunde vorgestellt

Für Witzbolde, die ihre Mitmenschen in den April schicken wollen, bietet sich in diesem Jahr der 6. April noch mehr an als der 1. – denn am Ostersonntag, nachts um zwei Uhr, werden in der Bundesrepublik alle Uhren um eine Stunde vorgestellt. Wie seit Jahren schon unsere westlichen und südlichen Nachbarn, so haben jetzt auch wir und unsere Landsleute in der DDR die sogenannte Sommerzeit. Und weil wohl nachts um zwei zu Ostern nur wach sein wird, wer wach sein muß (oder will), dürfte das Uhren-Vergleich-Spiel noch am ganzen Ostersonntag für Heiterkeit sorgen.

Dabei hat die (Wieder-) Einführung der Sommerzeit durchaus ernststen Hintergrund. Denn durch das Vorstellen der Uhren um eine Stunde werden die „langen“ Sommertage sozusagen noch künstlich verlängert, wird Energie gespart. Man steht ohnehin auf, wenn es nicht mehr dunkel ist, und abends ist es, von der Uhrzeit her, eine Stunde länger hell. Daß die Bundesrepublik, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, erst jetzt in die Sommerzeit einsteigt, hat politische Gründe. Denn bisher war die DDR nicht bereit, bei sich auf Sommerzeit zu schalten. Die Bun-

desregierung wollte nicht, daß im Berlinverkehr und im Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten unterschiedliche Uhrzeiten und somit verwirrende Fahrpläne bestehen.

Außerdem hatten sich bisher auch die Staaten, die schon die Sommerzeit eingeführt hatten, nicht auf einen einheitlichen Zeitraum einigen können. Das ist jetzt anders: Wie bei uns und in der DDR werden auch bei unseren europäischen Nachbarn die Uhren am 6. April um eine Stunde vorgestellt (nicht alle zur gleichen Stunde, aber alle in derselben Nacht).

Und knapp sechs Monate später, am 28. September, wiederum einem Sonntag, kann man das Uhren-Vergleich-Spiel noch einmal betreiben: Dann werden nachts um drei Uhr (Sommerzeit) die Uhren wieder auf mitteleuropäische Zeit (MEZ) zurückgestellt – auf zwei Uhr.

Die Eltern schaffen die Grundlage jeder Verkehrserziehung

9 Tips. Eltern können ihren Kindern helfen, damit sie sicher wieder nach Hause kommen, wenn sie:

1. Als erwachsene Verkehrsteilnehmer Rücksicht nehmen auf die mangelnde Verkehrstüchtigkeit der Kinder und Jugendlichen.

2. Den Kindern und Jugendlichen Vorbild sind und stets Sicherheit wichtiger sein lassen als Geschwindigkeit.

3. Kindern und Jugendlichen das eigene Verkehrsverhalten erklären und begründen.

4. Schon im Kleinkindalter mit praktischer Verkehrserziehung beginnen, wie: mit dem Kind am Kantstein stehenbleiben und gucken, Fußüberwege benutzen, Lichtzeichen beachten usw., egal wie eilig Sie es haben.

5. Mit den künftigen Schulanfängern wiederholt den Schulweg abgehen und das Verhalten an Gefahrenpunkten einüben.

6. Bei Schulkindern vor allem im Winter auf farbliche, auffällige Oberbekleidung achten.

7. Bei älteren Schülern ständig auf die Verkehrssicherheit der Fahrräder oder der motorisierten Fahrzeuge achten.

8. Kinder zeitig auf den Weg zur Schule schicken.

9. Und immer wieder, selber vorbildlich rücksichtsvoller Verkehrsteilnehmer sein, auch wenn es nicht unbedingt das bequemmste Verhalten ist.

Unser Freizeittip: Ebersberger Hallenschwimmbad an der Baldestraße

Ein attraktives und zugleich zu wenig genutztes Freizeit- und Sport-Angebot ist das Ebersberger Hallenbad. Deshalb unser aktueller Tip: Badesachen einpacken und mit Freunden oder der ganzen Familie zum Schwimmen ins Hallenbad. Das wirklich zuvorkommende Personal muß dabei hervorgehoben werden. An folgenden Öffnungszeiten ist Ihr Besuch möglich:

Sonntag	8.00–12.00 Uhr
Samstag	10.00–18.00 Uhr
Montag bis Freitag	15.00–21.00 Uhr

Mutterschaftsurlaub

Neun von zehn jungen Müttern machen vom neuen Mutterschaftsurlaub Gebrauch, der weiblichen Arbeitnehmern insgesamt sechs Monate nach der Geburt des Kindes auf Wunsch von der Arbeit freistellt. Das ergab eine Umfrage bei einigen repräsentativen Krankenkassen, wobei bei der Auswahl der Krankenkassen insbesondere die unterschiedliche Arbeitsmarktlage berücksichtigt wurde. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Hermann Buschfort (SPD), begrüßte diese große Resonanz, die bei einem so jungen Gesetz äußerst bemerkenswert sei. Sie zeige, wie sehr diese Verbesserung den Bedürfnissen der betroffenen Arbeitnehmerinnen entgegenkomme.



Keine Alternative zur Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition!

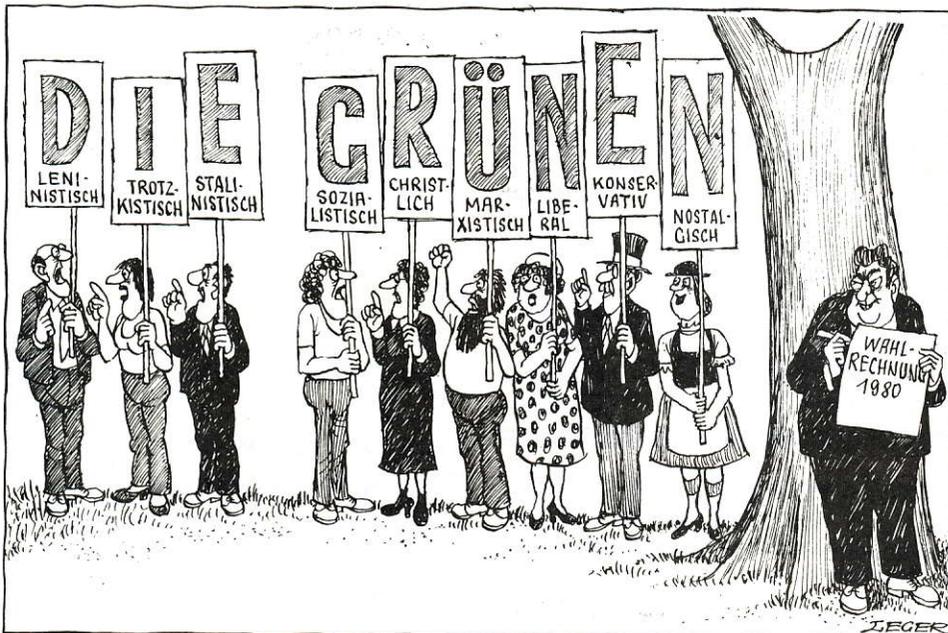
Afghanistan: Militärische Intervention muß zum politischen Fehlschlag werden

Das sowjetische Vorgehen in Afghanistan gefährdet den Frieden in dieser Region. Es ist ein schwerer Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dafür gibt es keinerlei Rechtfertigung.

Verständliche Emotionen sollten jetzt jedoch nicht zu Fehlreaktionen führen. Jetzt gilt es mit kühlem Kopf den Konflikt einzugrenzen und unsere Interessen wahrzunehmen: Die Sowjetunion ist mit ihrem Vorgehen in Afghanistan besonders in der Dritten Welt in große Schwierigkeiten geraten. Der russischen Intervention müssen wir mit sinnvoller Entwicklungshilfe entgegenhalten.

Die jetzt schwieriger gewordene Ratifizierung von SALT II liegt nach wie vor in unserem Interesse; ebenfalls die Aufnahme von Verhandlungen zu SALT III unter Einbeziehung der Mittelstreckenraketen und die Fortsetzung der Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen und die in diesem Jahr in Madrid stattfindende zweite KSZE-Nachfolgekonferenz. Einen Rückfall in den Kalten Krieg darf es nicht geben! Besonders nicht in Europa.

Die sowjetische Intervention zeigt, daß die Welt weiterhin an zu wenig und nicht zu viel Entspannung leidet und daß wir alles tun müssen, diesen Vorgang nicht gegen die Bemühungen um eine wirksame Begrenzung von Rüstung auszuspielen.



AsF fordert Kinderabteilung im Kreis Krankenhaus

Im Jahre 1969 wurde mit der Planung für eine erhebliche Erweiterung des Ebersberger Kreiskrankenhauses begonnen. Ebenfalls 1969 wurde das Kinderkrankenhaus in Steinhöring mit über 100 Betten geschlossen, aber nicht wegen Patientenmangels. Trotz dieses Ausfalls wurde keine Kinderabteilung für das Kreiskrankenhaus eingeplant. Auch der Bau einer Kinderklinik für den Raum Ebersberg-Traunstein wurde nicht realisiert. Seit dieser Zeit hat der Landkreis Ebersberg also kein Kinderkrankenhaus mehr und auch keine Kinderstation in seinem Kreiskrankenhaus. Natürlich werden Kinder in unserem Kreiskrankenhaus versorgt, wenn sie nicht gerade einer internistischen Krankenhausbehandlung bedürfen. Ist dies jedoch der Fall, müssen Eltern aus dem Landkreis ihre Kinder nach München oder nach Rosenheim bringen. Das Kreiskrankenhaus Ebersberg darf nämlich (was Landrat Beham nicht zu wissen scheint) Kinder unter 14 Jahren nicht internistisch behandeln, weil es dafür nicht ausgerüstet ist.

Nicht nur die Ärzte, auch wir Eltern wissen inzwischen, wie wichtig es für sie seelische Unversehrtheit und die körperliche Genesung gerade kleinerer Kinder im Krankenhaus ist, täglich von der Mutter oder dem Vater besucht zu werden. Für sehr viele Eltern im Landkreis Ebersberg wird es aber unmöglich sein, ihr krankes Kind täglich in München oder in Rosenheim zu besuchen. Solange es im Ebersberger Krankenhaus keine Kinderabteilung gibt, geht das eindeutig auf Kosten der seelischen und körperlichen Gesundheit vieler Kinder aus dem Landkreis.

Das sollte auch Landrat Beham bedenken, wenn er meint, daß der „Anfall an Patienten“ im Landkreis wahrscheinlich zu gering wäre für eine eigene Kinderabteilung im Kreiskrankenhaus. Außerdem ist bei einer Landkreisbevölkerung von bald 100 000 durchaus anzunehmen, daß Bedarf für eine Kinderabteilung besteht, zumal schon die Betten des Kinderkrankenhauses Steinhöring nicht leerstünden.

Weil es um die Gesundheit unserer Kinder geht und weil wir von einem erheblichen Bedarf ausgehen, fordern wir Frauen von der AsF Ebersberg die Einrichtung einer Kinderstation im Kreiskrankenhaus Ebersberg. An Platz für die Kinderstation dürfte es nicht mangeln, denn das Kreiskrankenhaus wurde für 420 Betten gebaut, es wird aber auch nach neuesten Planungen nicht mehr als 356 Betten bekommen. Auch an Geld für die Kinderstation sollte es nicht fehlen, denn für die 1979 abgeschlossene Erweiterung des Kreiskrankenhauses waren 41 Millionen DM vorhanden, und für schon jetzt erforderliche Umbauten werden weitere 5-7 Millionen DM vorhanden sein. Sollten da nicht auch die vergleichsweise geringen Mittel für eine Kinderstation aufzubringen sein?

Da Grantlhuber grantelt

Jetzt ham mir schon lang 1980. Und wieviel Feiertag daß es in Bayern gibt, ist leider immer no ned klar, weil sich die Herren von der schwarzen Landesregierung ned zu einer Meinung ham durchbringen können. De Wirtschftsvertreter wollen möglichst wenig Feiertag. Und de Vertreter der Kirche und de bayerische SPD als Opposition wollen 14 Feiertag im Jahr. Bei der ganzen Gschicht hod der Ministerpräsident Strauß aber sehr schlecht ausgeschaut. Und zurecht hod letzmal einer gemeint: „Ja wenn der Kerl ned einmal mit 14 Feiertag fertig wird, wie dumm steht der dann erst in Bonn da, wo er doch Kanzler werden möchte.“ Aber es wird beim „möchten“ bleiben! Die Ebersberger SPD macht in da letzten Zeit immer mehr von sich reden, weil da Schurer Ewald als Ortsvorsitzender und

da Geislinger Sepp als Fraktionschef recht guat zusammenarbeiten. Ihre Forderung nach Erhalt der Alten Schule war ja auch berechtigt. Denn – viele Organisationen in unserer Stadt leiden unter Raumnot. Die Volkshochschule benötigt zum Beispiel dringend gewisse Fachräume, – und in da Stadtbücherei, so hob i gehört, könnens die Bücher nicht mehr auspacken, weils keinen Platz mehr ham. Von der Raumnot im Jugendtreffpunkt möchte i erst gar ned anfangen.

Ja – unsere Schwarzen Herrn im Rathaus san scho schlaue Leut. Erst hams de alte Schule abgerissen; mit der Begründung, daß bald a Bürgerzentrum kommt. Und dann hams den Plan mit dem Bürgerzentrum um eine Legislaturperiode zurückgestellt.

So was kann man sich halt leisten, wenn man de Zwei-Drittel-Mehrheit hot; auch wenn de Bürgerinteressen dabei ned vertreten werden.

Bis zum nächsten Mal –

Euer Grantlhuber